

Menschheit noch erweitern könnte. Abg. Freiherr v. Hohenberg (Welfe) will eine Revision des Impfgesetzes und schlägt insbesondere vor, daß die Lymphe den Ärzten unentgeltlich geliefert und den armen Leuten dadurch die Möglichkeit gegeben werde, den Arzt für das Impfen frei wählen zu können. Staatsminister von Bötticher erklärt, daß im Bundesrath vorausichtlich die überwiegende Mehrheit, wenn nicht alle Regierungen gegen die Anträge sein werde. Die bisherigen Erfahrungen wären keineswegs darnach, dieses werthvolle Schutzmittel gegen eine verderbliche Krankheit aufzugeben. Die Statistik des Reichsgesundheitsamts verdiene vor jeder anderen Statistik den Vorzug, weil sie sich auf amtliche Erfahrungen stütze. Die Abneigung gegen das Impfen sei darauf zurückzuführen, daß das gegenwärtige Gesetz gar keine Vorstellung mehr von dem Glend einer Blatternepidemie habe. Aber daraus folge nicht, daß der Staat nicht das Recht und nicht die Aufgabe habe, die Impfung vornehmen zu lassen. Der Staat habe die Aufgabe, das Wohl der Gesamtheit dem Wohl des Individuums voranzustellen; er habe allerdings auch die Aufgabe, die Impfschädigungen auf ein Minimum zurückzuführen, und in dieser Beziehung habe die deutsche Regierung schon Erfolge aufzuweisen. Die deutsche Regierung beobachte bei der Beschaffung der Thierlymphe die größtmögliche Vorsicht, und bei unversäulter, reiner Thierlymphe könne von Uebertragung einer Menschenkrankheit nicht die Rede sein. Den von dem Abg. v. Hohenberg bezeichneten Weg halte er für richtig. In Hessen wurde bereits den Ärzten die Lymphe unentgeltlich geliefert, und er werde gern in Erwägung ziehen, ob diese Maßregel nicht auch in anderen Theilen des Reichs eingeführt werden könne. Die Kinder würden jetzt nur an einem Arm, und zwar am linken, geimpft. Man werde überhaupt jeder weiteren Anregung auf diesem Gebiet folgen, um die unangenehme Seite der Zwangsimpfung zu beheben. Jedenfalls verdiene der gegenwärtige Zustand den Vorzug vor dem Zustande, der eintreten würde, wenn wir das Impfgesetz aufgaben. In Deutschland sei es in dieser Hinsicht neben Schweden und Schottland am besten bestellt, in Spanien und Rußland am schlimmsten. Wer wolle die Verantwortung dafür übernehmen, diese Schutzwehr gegen die Pocken aufzugeben und dadurch die Bevölkerung dem Glende preiszugeben? Nach dem Schlusssatz der Antragsteller wird der Antrag des Abg. Förster, die Anträge einer Kommission zu überweisen, abgelehnt; die zweite Lesung der Anträge findet somit unmittelbar im Plenum statt. — Freitag: Kolonialetat.

Der mit 12 gegen 2 Stimmen gefasste Beschluß der (freikonserativen) Reichspartei bezüglich der fakultativen Civilehe lautet: „Der Antrag Homburg ist geeignet, das Zustandekommen des Bürgerlichen Ehebundes ernstlich zu gefährden. Die Fraktion spricht sich entschieden gegen dessen Annahme aus und erwartet von ihren Kommissionsmitgliedern, daß sie gegen die Abschaffung der obligatorischen Civilehe stimmen werden. — In Folge dieses Fraktionsbeschlusses sind die Herren Freiherr von Gütlingen und Graf Bernstorff aus der Kommission für das Bürgerliche Ehebuch ausgeschieden und seitens der Fraktion durch die Herren Pauli und Müller (Harburg) ersetzt worden.

Nach der soeben veröffentlichten amtlichen Aufstellung hat sich der Geldverkehr der deutschen Reichspost im Jahre 1894 zu ganz gewaltiger Höhe gehoben. Der Gesamtwert stellt sich auf etwa über 20 123 Millionen, das sind 1454 Millionen mehr, als im Jahre 1893. Davon kamen auf Baarsendungen rund 14 111 Millionen Mark, gegen 12 898 Millionen im Jahre zuvor, auf Postanweisungen 5275 Mill., gegen 5069 Mill., auf Postaufträge 582 und auf Postnachnahmenseudungen 155 Millionen. Von den Postanweisungen waren 65 Millionen Stück oder fast 83 pCt. der Gesamtzahl im Betrage bis 100 Mark. Telegraphisch überwiesen wurden 260 127 Stück Postanweisungen im Betrage von 41 Millionen, das sind 5 Millionen mehr, als im Jahre 1893.

Ueber das Hervorkommen des militärischen Nebenberufs der offiziell bei irgend einer Gelegenheit genannten Staatsbürger schreibt die „Straßb. Post“: Als der Abgeordnete Bebel im Reichstage die Bemerkungen über die Art der Angabe des Berufes einzelner Neubürger in der Ordensliste zur Sprache brachte, erklärte der Kriegsminister Bronsart von Schellendorff, die militärische Charge sei bei dieser Gelegenheit wohl nur deshalb vorangestellt worden, weil die in Betracht kommenden Personen wegen militärischer Verdienste einen Orden bekommen hätten. Wir bringen deshalb heute ein anderweitiges Beispiel zur Sprache. Im „Reichsanzeiger“ vom 7. März lesen wir, daß eine Reihe von Personen zu Ehrenrittern des Johanniterordens ernannt worden sind. Wir finden darunter u. a. folgende Angaben: Lieutenant der Reserve des Garde-Kürassier-Regiments und Rittergutsbesitzer Sigismund von Kreslow; Lieutenant der Reserve des 1. Garderegiments zu Fuß und Regierungsassessor Lazarus v. Lippa; Lieutenant der Reserve und Regierungsassessor Graf v. Wylant Baron zu Rheydt; Premierlieutenant der Reserve und Regierungsassessor Dr. jur. von Doetinchem de Hande. . . Und so weiter und so weiter; wir könnten die Liste noch ausgiebig vermehren, aber wir denken, die bereits citirten Beispiele werden genügen, um zu beweisen, daß auch in diesem Falle, wo von einer Geltendmachung etwaiger militärischer Verdienste gar nicht die Rede sein kann, der Grundsatz abgewandelt hat, die militärische Nebenstellung der in Betracht kommenden Personen dem bürgerlichen Hauptberufe derselben voranzustellen. Wir halten dies Verfahren für unrichtig und wollen nicht verkümmern, dies nochmals zu betonen.

Eine förmliche Schlacht entwickelte sich vorgestern auf der von Hamburg nach Harburg führenden Chaussee zwischen einer aus etwa 30 polnischen Arbeitern bestehenden Gesellschaft und einer ebenso großen Zahl sogenannter Stadtarbeiter. Die Polen kamen von Hamburg und mißhandelten zunächst einen Wirth, der zu einem Gewehr griff und mit dem Kolben an sich schlug, bis dieser abbrach. Die Stadtarbeiter hieben mit Pfählen auf ihre Gegner ein, von denen eine größere Anzahl verwundet wurde. Etwa 10 Personen wurden in Haft genommen, während die übrigen entflohen. Die Stelle, an welcher der Kampf stattgefunden hat, bezeichnen große Blutlachen.

Der Fabrikantenverein in Kottbus beschloß, die Ausständigen aufzufordern, innerhalb der nächsten 14 Tage die Arbeit wieder aufzunehmen, sonst würden die Fabriken auf drei Monate geschlossen. Die Magdeburger und Grimmitzauer Industriellen haben den Fabrikanten Unterstützung zugesagt. Die Lohnweber haben zur Abwehung der angefangenen Lohnkürzungen die Arbeit wieder aufgenommen.

Ein nachahmenswerther Vorgang hat sich vorgestern in dem österreichischen Reichsrath abgespielt. Der bekannte Dichter des „Nullerl“, der Abg. Morre sprach im Telegrammft. eine Rede lautete nach den stenographischen Niederschriften: „Als leuchtendes Beispiel für Dauerredner werde ich größtentheils den Telegrammstil zur Anwendung bringen. Hohes Haus! Niedergang des Bauernstandes schreiet unaufhaltsam vor. Zustand unhaltbar. Hilfe dringend notwendig, warum nichts geschehen, bitte Drahtantwort.“ (Sehnsüchtige Heiterkeit.) Kranker in

Lebensgefahr, bisherige Nerzte unfähig, rezeptiren ohne Diagnose, operiren ohne Unterstützung, Diplom wegnehmen. (Heiterkeit.) Gabe wiederholt beantragt Enquete zur Erhebung der Ursachen des Niederganges. Warum nichts geschehen? Woju Resolutionen, wenn nichts erfolgt? Sogleich rechtfertigen. Vörjespiel mit Getreide abschaffen. Ist Lumperei und Schwindel. (Heiterkeit.) Zuständigkeitsverhältnisse regeln. Bauer will nicht mehr Stadtrümpel erhalten. Militärlasten verringern. Sofort. (Heiterkeit.) So gehts nicht mehr, Schulden zu groß, von Zinsen schwillt Müßiggang. Sport mästet sich zum Aufspringen. (Heiterkeit.) Ursache Abhilfe, sonst Prozeß. Was ist mit Altersversorgung? Bauer und Knecht kann nichts ersparen. Warten bis Sozialisten kommen! Die werden's schon machen. Danke! (Lebhafte Heiterkeit.) Warum nicht direktes Wahlrecht für Bauern? Warum ihre Arbeiter ausschließen? Weil sich Herren Abgeordnete vor dem Mandatsverlust fürchten. Abgeordnetenhaus kein Versorgungshaus. Direktes Wahlrecht für Landgemeinden sofort senden. (Heiterkeit.) Sonst kommen Bauern selbst holen. Warum Biersteuer erhöhen? Nicht unterstehen! (Lebhafte Heiterkeit.) Sonst sofort Geschäft sperren, Wohnungen vermieten. (Erneute Heiterkeit.) Was ist mit neuem Gebührgesetz? Bilinski versprochen, das kommen wird. Versprochen hat Jeder. Bitte halten, sonst kommen wir. (Heiterkeit.) Die Milleniums-Ausstellung wird für die ungarische Hauptstadt noch manche schwere Noth im Gefolge haben. Man munkelt schon jetzt von drückenden Geldverlegenheiten, bedeutender Ueberlastung des Stadthaushalts und Mangel wittern sogar einen regelrechten „Kraus“. Das geplante neue Anlehen der Stadt im Betrage von 50 Millionen Gulden giebt natürlich solchen Gerüchten vermehrte Wahrscheinlichkeit. Bemerkenswerth ist in dieser Beziehung eine Budapest Melbung, der zu Folge der ungarische Minister des Innern in der Angelegenheit dieses neuen Anlehens ein Schreiben an die Stadtverwaltung richtete, in dem er erklärt, er könne diesen Beschluß der Verwaltung zur Zeit nicht genehmigen. Der Minister fordert zuvor eine genaue Angabe aller Erfordernisse, die bei der Aufnahme der Anleihe zu bedenken sind, sowie eine ziffermäßige Feststellung der jährlichen Tilgungsbeträge. Also auch dem Herrn Minister selbst scheint die Sache nicht ganz geheuer zu sein!

Italien. Zur Lage in Aethiopien schreibt die „Voss. Ztg.“: Der Krieg in Aethiopien wird auch in der nächsten Zeit „der Krieg der Majore“ sein, wie nicht übel nach dem heldenmüthigen Untergange des Majors Toffelli bei Amba Alabchi und der tapferen Vertheidigung Makalles durch den Major Galliano gesagt worden ist. Die nächsten Kämpfe dürften sich bei Abigrat, wo Major Prestinari befehligt, und bei Kassala, dessen Kommandant Major Hidalgo ist, abspielen. Beide Plätze sind gut befestigt und mit starken Besatzungen belegt. Die ständige Besatzung von Abigrat, das Jägerbataillon Prestinari, ist durch einige Tausend Flüchtlinge von Abua vermehrt — der Ausbruch verklärte wäre vielleicht nicht wohl angebracht, da die ziffermäßige Verstärkung der Besatzung die Vertheidigungsfähigkeit der mit Lebensmitteln nicht auf so viele Leute eingerichteten Festung eher vermindert. Das Fort von Abigrat liegt etwa drei bis vier Kilometer nordöstlich von dieser Ortschaft auf einem aus der Conca di Adigrat emporragenden Hügel, seine Umfassungsmauer ist 3—4 1/2 Meter hoch aus Steinen und Ziegeln aufgeführt, an der Süd- und Westfront, wo der Hügel steil abfällt, ist die Brustwehr in den Felsen eingeprengt. Das im Fieled angelegte Fort hat einen Umfang von 1/2 Kilometer. An und für sich fast uneinnehmbar fest, leidet das Fort unter dem Nachtheil, daß es von benachbarten Höhen eingeschossen werden kann und ist in dieser Hinsicht ungünstiger gelegen als Makalle. Von Abi Gaie ist es in der Luftlinie 63, von Galai 83, von Amara gar 150 Kilometer entfernt, doch sind diese Entfernungen auf den gangbaren Straßen noch beträchtlich größer. An einen Ersatz Abigrats ist vorerst nicht zu denken. Major Prestinari muß demnach als geopfert gelten, falls es ihm nicht gelingt, sich noch rechtzeitig durch die Aufständischen der Ras Sebhat und Agoß nach Galai durchzuschlagen, ehe die abessinische Hauptmacht heranrückt. Dazu scheint er nach seinen kürzlich gemeldeten Aeußerungen aber keine Neigung zu haben, vielmehr entschlossen zu sein, Abigrat bis auf's Aeußerste zu halten. Wesentlich fester und auf die Dauer widerstandsfähiger ist Kassala. Das im Jahre 1894 erbaute Fort Varateri liegt südlich der Stadt Kassala, etwa einen Kilometer vom Gatschlusse entfernt, zu dessen Fuß parallel die Westfront angelegt ist. Die aus Ziegeln aufgeführte Umfassungsmauer ist 2,60 Meter hoch und 1,10 Meter dick, im Innern überdies durch Mauerwerk verstärkt. Ein fünf Meter breiter und drei Meter tiefer Graben umzieht das Fort, davor sind überdies Drahtgestriche und Dornheden angelegt. Die Besatzung besteht aus 100 Italienern und 1800 eingeborenen Soldaten mit sieben Kanonen und vier Mitrailleusen. Das Fort ist mit Mundvorrath für ein Vierteljahr versehen. Die Entfernung von Kassala nach Keren beträgt 233 Kilometer. Auf dem Wege dahin befinden sich die mit optischen Signalstationen versehenen festen Punkte Ela Abdalla, das den besetzten Engpaß von Sabberet abschließt, Bisha und Agordat. Die maßgebendsten Streitkräfte, deren Kassala sich zu erwehren haben dürfte, bestehen aus den Corps von Goo Negel, nordwestlich von Kassala am Atbara, und El Fascher, westlich von Kassala, sowie dem Heer der westlich von Atbara auf gelegenen Landschaft Ghabares. Ihre Zahl ist mit mindestens 10,000 zu veranschlagen.

Während General Varateri seiner Aburtheilung durch den Militärgerichtshof in Massaua entgegensteht, die freilich erst nach seiner Auslieferung durch die Kammer, deren Mitglied er ist, erfolgen kann, wird der Versuch gemacht, die Verantwortung für die Niederlage bei Abua Herrn Crispi aufzuhalsen. Der Versuch geht von dem als Berichterstatter im Hauptquartier der Erythra-Truppen weilenden Abgeordneten Macola aus, der dem Maitländer „Corriere della Sera“ drahtet, Crispi habe den General Varateri unaufhörlich zum Angriff gedrängt und u. a. zwei Tage vor der Schlacht, also am 28. Februar, ein den Angriff verlangendes Telegramm geschickt. „Opinione“ und „Riforma“ kennzeichnen diese Behauptung als absichtsvolle Unwahrheit, indem sie feststellen, daß das von Macola erwähnte Telegramm Crispi bereits in der ersten Hälfte des Februar abgefaßt wurde und ausdrücklich vor Schärmjügeln warnte, in denen die Italiener in der Minderheit seien.

Die englische Regierung zieht aus dem von der südafrikanischen Gesellschaft veranlaßten Fiskusierzuge gegen das Transvaal die gemüthlichen Folgerungen. Die Ernennung des Obersten Martin zum Befehlshaber der Schutztruppen in Betschuanaland, Matabelen und Maschonaland und zum Vizekommissar für Südafrika ist ein erster Schritt gegen die Chartered Company. Wie aus London dröhnlich gemeldet wird, ist Oberst Martin nur der Reichsregierung allein verantwortlich, und der „Stand.“ betont, die Ernennung sei geschehen, um eine Einschränkung der Privilegien der Chartered Company in Südafrika vorzunehmen. Die Gesellschaft werde dadurch auf die Stellung einer bloßen Handelsgesellschaft herabgesetzt; sie behalte wohl ihr sehr beträchtliches Machtbefugnisse in der Civilverwaltung, aber sie besitze nicht

länger militärische Streitkräfte zur Ausführung ihrer Politik oder zur gewaltthätigen Beseitigung von Hindernissen, die sich ihrer geplanten Entwicklung entgegenstellen.

Aus Frankreich: Die Vernehmung der Schauspielers Marly im Lebaudy-Prozeß war reich an aufregenden Momenten. Marly hatte auszusagen, ob Rosenthal in dem kritischen Momente vor seiner Schwertung gegen Lebaudy von diesem 20 000 Fr. erhalten habe. Das Schicksal Rosenthals hing, das wußte Jeder im Saale, von ihrem Ja ab. Bevor sie sprach, verfiel sie in eine große Aufregung. Rosenthal, dem helle Thränen in den Augen standen, rief, die Arme erhebend: „Ich beschwöre Sie bei Allem, was Ihnen heilig ist, sagen Sie die Wahrheit!“ Die Marly antwortete, jedes Wort mühsam hervorholend: „Sie waren stets mein Freund, sind es vielleicht noch, aber an dieser Stelle muß ich die volle Wahrheit sagen: Ja, Sie haben Geld gefordert und erhalten!“ Darauf entstand eine große Bewegung im Saale, und die Marly verließ, auf den Arm ihres Begleiters gestützt, den Saal.

Die Mittheilung, daß der Kaiser von Rußland dem in russische Heer eingetretenen Sohne des spanischen Kronprinzen den Titel königliche Hoheit beigelegt hat und daß der spanische Gesandte ihm daher beim letzten Hoffest den Vortritt habe lassen müssen, als ob der eigentliche Vertreter Spaniens nicht der Gesandte, sondern Don Jaime sei, wird von der carlistischen Presse in Spanien weidlich ausgebeutet. Die spanische Regierung hat daher laut halbamtlicher Nachricht das Petersburger Kabinett gebeten, den Jaren darauf aufmerksam zu machen, daß weder Don Carlos noch Don Jaime de Bourbon spanische Prinzen sind und daß sie der Rechte entbehren, die den übrigen Mitgliedern des königlichen Hauses zukommen. Die nicht carlistische ultramontane Presse läßt sich übrigens die Gelegenheit nicht entgehen, den Sohn des Glaubensretters auf den Widerspruch zu verweisen, den er, der Vertheiger der römisch-katholischen Kirche, begeht, indem er sich freiwillig in den Dienst der russischen „Keger“ stellt. „Es ist sehr zu beklagen“, schreibt der Noticiero Bilbaino, „wenn ein katholischer Prinz sich dazu entschließt, einem kezerischen Herrscher zu dienen, überhaupt unter Kegern zu dienen. Wenn nun carlistische Schriftsteller und Redner die Worte St. Johanns wiederholen: „Die Keger dürfen nicht gegrüßt werden“, welche Bezeichnung verdient dann ihr Prinz, der die Keger nicht nur grüßen, sondern auch mit ihnen essen muß, und mehr noch, der sich dazu hergiebt, ihnen zu dienen und ihnen damit eine Ehre zu erweisen, die für katholische Anschauungen eine Unehre ist?“ Die Carlisten vertheidigen sich, wie die königliche Zeitung bemerkt, damit, daß der Entschluß Don Jaimes im Einverständnis mit dem Einsigen, der auf dieser Welt ihren Katholizismus zu beurtheilen vermöge, also mit dem Papst, gefaßt sei.

Der Madrider „Epoca“ entnehmen wir über den gegenwärtigen Stand des spanischen Heeres die Mittheilung, daß derzeit in Spanien selbst 110 600 Mann stehen, während 130 000 Mann sich auf Cuba befinden. Ohne die zweite Reserve zu mobilisieren, meint das offiziöse Blatt, könnte dieser Stand auf 200 000 Mann im Mutterlande und 150 000 Mann in Cuba gebracht werden. Nach Meldungen aus Cuba wurden in der Provinz Pinar del Rio die Aufständischen geschlagen und verloren 18 Tödt. Ein anderes Gefecht fand in der Provinz Matanzas statt; dabei wurden 70 Aufständische getödtet und viele verwundet, während die Verluste der Spanier sehr gering waren.

Türkei. Aus Konstantinopel wird gemeldet: In armenischen Kreisen wird berichtet, daß im Juni ein Wiedererwachen der armenischen Bewegung zu erwarten sei. — Turhan Pascha, der morgen nach Kreta abreist, hatte eine lange Konferenz mit dem Großvezier, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für die Insel und die Reorganisation der Gendarmarie. Troß Turhan's Ernennung ist Karatheodor Pascha noch nicht formell seines Postens als Gouverneur von Kreta erhoben. Man bezweifelt, daß die Mission Turhan's Erfolg haben werde. — Der Rhebive wird hier zu einmonatigem Aufenthalt nach dem Weiramsfeste erwartet. Der Bizetkönig wird von seiner Mutter und seinem Bruder begleitet. Ertere bleibt den Sommer über hier, während Letzterer sich von hier nach Paris begiebt. Auch der Rhebive beabsichtigt, eine Reise nach Europa zu unternehmen.

Ueber die deutschen Interessen in Transvaal hat sich nach der „Südafrikan. Ztg.“ der Chef einer deutschen Londoner Firma, welche ausgedehnte Geschäfte mit dem Transvaal hat, wie folgt geäußert: Im Transvaal sind 250 000 000 Mark angelegt. Das von sind 50 000 000 Mark deutsches Geld. Deutschland ist stark an der Netherlands South African-Bahn und der Nationalbahn interessiert. Deutschland hat bedeutende Kaufkraft. Vor 8 bis 10 Jahren betrug die deutsche Einfuhr nach dem Transvaal 300 000 Mark jährlich, jetzt ist sie auf 12 000 000 Mark gewachsen. In Johannesburg sind von den 50 000 bis 60 000 Einwohnern 15 000 Deutsche. In Pretoria und anderen Städten stellt sich der Procentfuß der Deutschen noch höher. Was den deutschen Schiffsahrtsverkehr mit dem Transvaal betrifft, so beweist der Umstand, daß jetzt wieder drei neue Schiffe für ihn gebaut werden, genug.

Deutliches und Sächsisches.

Freiberg, den 13. März. — Vom Landtage. Die Erste Kammer bewilligte in ihrer gestrigen Sitzung die Titel 17, 48, 49, 50, 51 und 52 des außerordentlichen Staatshaushalts, mehrere Eisenbahnbau- 1) Arealerwerb für ein drittes und viertes Gleis der Strecke Dresden-Niederleschitz und Hochlegung zweier Gleise der Theilstrecke Dresden-Neißt, 2) Johanneugenstadt-Landesgrenze, 3) Beucha-Brandis-Altenhain, 4) Zwönitz-Grünhain-Elterlein-Scheibenberg, 5) Klingenberg-Frauenstein, 6) Wischnuff-Bollhauß-Gabenstein-Nossen betreffend, und erledigte die hierzu eingegangenen zahlreichen Petitionen in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer. Zu Punkt 5) gab Hr. Bürgermeister Dr. Wed. Freiberg dem Bedauern Ausdruck, daß dieser Bahn das letzte Glied einer Kette von Eisenbahnbauten bilde, welche der Stadt Freiberg Verkehrsgebiete entzogen und anderen Städten zugeführt hätten. Herr Kammerherr v. Wurpl verwendete sich für die planmäßige Anlage von Nebenbahnen als Verbindungsgliedern der großen Linien. Weiter erklärte sich die Kammer durch den mit dem Kgl. Dekret Nr. 7 vorgelegten Bericht über die Verwaltung und Vermehrung der königl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft in den Jahren 1892 und 1893 für befriedigt. — Die Zweite Kammer beriet am nächsten die Kapitel 59 bis 62 und 64 bis 69a des Etats, das Departement des Innern betreffend. Beim Kapitel 59, Frauenklinik, parlament des Innern betreffend. Beim Kapitel 59, Frauenklinik, beantragte die Finanzdeputation A den Titel 24, einmalige außerordentliche Ausgaben zu Vorarbeiten für einen Neubau der Frauenklinik, abzulehnen. Gegen diesen Antrag sprachen die Abg. Dr. Minckwitz und Rietzhammer, während Vizepräsident Georgi und Abg. Uhlemann-Görlich den Deputationsantrag vertheidigten. Se. Excellenz Hr. Staatsminister v. Meißel rechtfertigte die Be-

gierungsbogen gegen die Abgeordneten, die sich ihrer gegenplanten Entwicklung entgegenstellen. Aus Frankreich: Die Vernehmung der Schauspielers Marly im Lebaudy-Prozeß war reich an aufregenden Momenten. Marly hatte auszusagen, ob Rosenthal in dem kritischen Momente vor seiner Schwertung gegen Lebaudy von diesem 20 000 Fr. erhalten habe. Das Schicksal Rosenthals hing, das wußte Jeder im Saale, von ihrem Ja ab. Bevor sie sprach, verfiel sie in eine große Aufregung. Rosenthal, dem helle Thränen in den Augen standen, rief, die Arme erhebend: „Ich beschwöre Sie bei Allem, was Ihnen heilig ist, sagen Sie die Wahrheit!“ Die Marly antwortete, jedes Wort mühsam hervorholend: „Sie waren stets mein Freund, sind es vielleicht noch, aber an dieser Stelle muß ich die volle Wahrheit sagen: Ja, Sie haben Geld gefordert und erhalten!“ Darauf entstand eine große Bewegung im Saale, und die Marly verließ, auf den Arm ihres Begleiters gestützt, den Saal. Die Mittheilung, daß der Kaiser von Rußland dem in russische Heer eingetretenen Sohne des spanischen Kronprinzen den Titel königliche Hoheit beigelegt hat und daß der spanische Gesandte ihm daher beim letzten Hoffest den Vortritt habe lassen müssen, als ob der eigentliche Vertreter Spaniens nicht der Gesandte, sondern Don Jaime sei, wird von der carlistischen Presse in Spanien weidlich ausgebeutet. Die spanische Regierung hat daher laut halbamtlicher Nachricht das Petersburger Kabinett gebeten, den Jaren darauf aufmerksam zu machen, daß weder Don Carlos noch Don Jaime de Bourbon spanische Prinzen sind und daß sie der Rechte entbehren, die den übrigen Mitgliedern des königlichen Hauses zukommen. Die nicht carlistische ultramontane Presse läßt sich übrigens die Gelegenheit nicht entgehen, den Sohn des Glaubensretters auf den Widerspruch zu verweisen, den er, der Vertheiger der römisch-katholischen Kirche, begeht, indem er sich freiwillig in den Dienst der russischen „Keger“ stellt. „Es ist sehr zu beklagen“, schreibt der Noticiero Bilbaino, „wenn ein katholischer Prinz sich dazu entschließt, einem kezerischen Herrscher zu dienen, überhaupt unter Kegern zu dienen. Wenn nun carlistische Schriftsteller und Redner die Worte St. Johanns wiederholen: „Die Keger dürfen nicht gegrüßt werden“, welche Bezeichnung verdient dann ihr Prinz, der die Keger nicht nur grüßen, sondern auch mit ihnen essen muß, und mehr noch, der sich dazu hergiebt, ihnen zu dienen und ihnen damit eine Ehre zu erweisen, die für katholische Anschauungen eine Unehre ist?“ Die Carlisten vertheidigen sich, wie die königliche Zeitung bemerkt, damit, daß der Entschluß Don Jaimes im Einverständnis mit dem Einsigen, der auf dieser Welt ihren Katholizismus zu beurtheilen vermöge, also mit dem Papst, gefaßt sei. Der Madrider „Epoca“ entnehmen wir über den gegenwärtigen Stand des spanischen Heeres die Mittheilung, daß derzeit in Spanien selbst 110 600 Mann stehen, während 130 000 Mann sich auf Cuba befinden. Ohne die zweite Reserve zu mobilisieren, meint das offiziöse Blatt, könnte dieser Stand auf 200 000 Mann im Mutterlande und 150 000 Mann in Cuba gebracht werden. Nach Meldungen aus Cuba wurden in der Provinz Pinar del Rio die Aufständischen geschlagen und verloren 18 Tödt. Ein anderes Gefecht fand in der Provinz Matanzas statt; dabei wurden 70 Aufständische getödtet und viele verwundet, während die Verluste der Spanier sehr gering waren. Türkei. Aus Konstantinopel wird gemeldet: In armenischen Kreisen wird berichtet, daß im Juni ein Wiedererwachen der armenischen Bewegung zu erwarten sei. — Turhan Pascha, der morgen nach Kreta abreist, hatte eine lange Konferenz mit dem Großvezier, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für die Insel und die Reorganisation der Gendarmarie. Troß Turhan's Ernennung ist Karatheodor Pascha noch nicht formell seines Postens als Gouverneur von Kreta erhoben. Man bezweifelt, daß die Mission Turhan's Erfolg haben werde. — Der Rhebive wird hier zu einmonatigem Aufenthalt nach dem Weiramsfeste erwartet. Der Bizetkönig wird von seiner Mutter und seinem Bruder begleitet. Ertere bleibt den Sommer über hier, während Letzterer sich von hier nach Paris begiebt. Auch der Rhebive beabsichtigt, eine Reise nach Europa zu unternehmen. Ueber die deutschen Interessen in Transvaal hat sich nach der „Südafrikan. Ztg.“ der Chef einer deutschen Londoner Firma, welche ausgedehnte Geschäfte mit dem Transvaal hat, wie folgt geäußert: Im Transvaal sind 250 000 000 Mark angelegt. Das von sind 50 000 000 Mark deutsches Geld. Deutschland ist stark an der Netherlands South African-Bahn und der Nationalbahn interessiert. Deutschland hat bedeutende Kaufkraft. Vor 8 bis 10 Jahren betrug die deutsche Einfuhr nach dem Transvaal 300 000 Mark jährlich, jetzt ist sie auf 12 000 000 Mark gewachsen. In Johannesburg sind von den 50 000 bis 60 000 Einwohnern 15 000 Deutsche. In Pretoria und anderen Städten stellt sich der Procentfuß der Deutschen noch höher. Was den deutschen Schiffsahrtsverkehr mit dem Transvaal betrifft, so beweist der Umstand, daß jetzt wieder drei neue Schiffe für ihn gebaut werden, genug. Deutliches und Sächsisches. Freiberg, den 13. März. — Vom Landtage. Die Erste Kammer bewilligte in ihrer gestrigen Sitzung die Titel 17, 48, 49, 50, 51 und 52 des außerordentlichen Staatshaushalts, mehrere Eisenbahnbau- 1) Arealerwerb für ein drittes und viertes Gleis der Strecke Dresden-Niederleschitz und Hochlegung zweier Gleise der Theilstrecke Dresden-Neißt, 2) Johanneugenstadt-Landesgrenze, 3) Beucha-Brandis-Altenhain, 4) Zwönitz-Grünhain-Elterlein-Scheibenberg, 5) Klingenberg-Frauenstein, 6) Wischnuff-Bollhauß-Gabenstein-Nossen betreffend, und erledigte die hierzu eingegangenen zahlreichen Petitionen in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer. Zu Punkt 5) gab Hr. Bürgermeister Dr. Wed. Freiberg dem Bedauern Ausdruck, daß dieser Bahn das letzte Glied einer Kette von Eisenbahnbauten bilde, welche der Stadt Freiberg Verkehrsgebiete entzogen und anderen Städten zugeführt hätten. Herr Kammerherr v. Wurpl verwendete sich für die planmäßige Anlage von Nebenbahnen als Verbindungsgliedern der großen Linien. Weiter erklärte sich die Kammer durch den mit dem Kgl. Dekret Nr. 7 vorgelegten Bericht über die Verwaltung und Vermehrung der königl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft in den Jahren 1892 und 1893 für befriedigt. — Die Zweite Kammer beriet am nächsten die Kapitel 59 bis 62 und 64 bis 69a des Etats, das Departement des Innern betreffend. Beim Kapitel 59, Frauenklinik, parlament des Innern betreffend. Beim Kapitel 59, Frauenklinik, beantragte die Finanzdeputation A den Titel 24, einmalige außerordentliche Ausgaben zu Vorarbeiten für einen Neubau der Frauenklinik, abzulehnen. Gegen diesen Antrag sprachen die Abg. Dr. Minckwitz und Rietzhammer, während Vizepräsident Georgi und Abg. Uhlemann-Görlich den Deputationsantrag vertheidigten. Se. Excellenz Hr. Staatsminister v. Meißel rechtfertigte die Be-